

# Global Cop – Der transatlantische Streit um die Militärhegemonie

Thomas Roithner

## 1. Konturen einer militärischen Globalisierung

Einige Tage nach den Terroranschlägen des 11.9.2001 – nachdem die Welt diese kriminellen Akte gegen die Symbole der US-Wirtschafts-, Außen- und Militärpolitik realisiert hatte – machten 12 norwegische Intellektuelle und ProfessorInnen – darunter der Friedensforscher Johan Galtung – den Vorschlag, George W. Bush für den Friedensnobelpreis zu nominieren, wenn dieser von einem Krieg als Reaktion auf die Terroranschläge ablassen würde. 2 Jahre später hat Bush jun. inzwischen gegen Afghanistan und den Irak einen Angriffskrieg geführt. Anlässlich des Staatsbesuchs des US-Präsidenten bei seinem treuesten Verbündeten Tony Blair verleiht der Londoner Bürgermeister Ken Livingstone im November 2003 dem Zorn und der Ohnmacht vieler Tausend DemonstrantInnen in der britischen Hauptstadt eine Stimme: „Er [Anm.: Bush] ist die größte Bedrohung für das Leben auf diesem Planeten“.

Die Terroranschläge des 11.9.2001 sind nicht Auslöser für die US-Doktrin des „permanenten Krieges“ und der Politik gegenüber den „Schurkenstaaten“, sondern ein Katalysator für den bisherigen Trend des Ausbaus der Militärpotenziale. Nicht erst seit dem 11.9.2001 wird deutlich, dass Kriege wie der Kosovo-Krieg 1999, der Afghanistan-Krieg 2001 oder der Irak-Krieg 2003 Dimensionen haben, die bis 1989/90 politisch undenkbar waren.

Im Zuge der fortschreitenden sicherheitspolitischen Integration und Militarisierung der Europäischen Union ist auch in der Union der Wunsch nach (militärischer) Einmischung gewachsen. Der völkerrechtswidrige Kosovo-Krieg der NATO im Jahr 1999 diente als militärischer Katalysator, um Interventionskapazitäten herauszubilden. Für die Europäische Militärpolitik ist der Kosovo-Krieg als Einschnitt ins sicherheitspolitische Denken zu werten. Die militärischen und politischen Folgen für die Sicherheit von Akteuren, die fragwürdig legitimierte Interventionen durchführen oder provozieren sind im zwischenstaatlichen Bereich seit dem offiziellen Wegfall der Blockkonfrontation 1989 geringer geworden. Die Auswirkungen einer neoimperialen Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik wurden jedoch – sieht man von den kursierenden Theorien einer direkten US-Beteiligung am Terror ab – am 11.9.2001 als asymmetrischer Konflikt augenscheinlich. Seither wird auch die Terrorismusbekämpfung, das Engagement gegen vermeintliche TerrorunterstützerInnen und das militärische Vorgehen gegen staatliche und nichtstaatliche AkteureInnen mit angeblichen Massenvernichtungswaffen in der Öffentlichkeit nahezu ohne dargelegte Beweise und glaubwürdiger Legitimation als militärische Aufgabe für salonfähig erklärt. Die Entwicklung derartiger militärischer Aufgabenfelder wurde bereits lange von dem 11.9.2001 geplant.

„Krieg und Globalisierung“, so Michel Chossudovsky, „stehen in enger Beziehung. Die globale Wirtschaftskrise, die den Ereignissen vom 11. September vorausging, hat ihre Wurzeln in den ‚Marktformen‘ der Neuen Weltordnung.“ „Die Ideologie der ‚Schurkenstaaten‘, die das Pentagon bereits während des Golfkrieges 1991 entwickelte, dient als Rechtfertigung, um aus ‚humanitären Gründen‘ Krieg gegen

Länder zu führen, die sich nicht der Neuen Weltordnung und den Grundannahmen des Systems ‚freier‘ Märkte fügen“ (Chossudovsky 2002: 10 f.), so der kanadische Wirtschaftswissenschaftler weiter. Hinsichtlich jener Bedrohungen, die die USA und die EU in ihren Sicherheitsdoktrinen wahrnehmen, stellt Chossudovsky fest: „Seit dem Ausbruch der Schuldenkrise in den 80er Jahren wendete der IWF die gleichen wirtschaftlichen Gesundheitsrezepte in mehr als 150 Entwicklungsländern an. (...) [Ich bin] der Überzeugung, dass eine Neue Weltordnung Gestalt gewann, die sich unerbittlich von Armut und wirtschaftlichen Verwerfungen nährte“ (Chossudovsky 2002: 18). Die jüngsten WTO-Verhandlungen in Cancún im September 2003 zwischen Entwicklungsländern und den Industriestaaten zur Öffnung von Märkten für ärmere Staaten – und damit zur Senkung der Armut – sind am Widerstand von USA und EU gescheitert.

## **2. Die Militarisierung der EU**

Die Sicherheitspolitik der EU entwickelt sich im Vergleich zu anderen Politikfeldern der EU mit enormer Geschwindigkeit. Die Union verfügt heute über eine einsatzbereite militärische Interventionstruppe von 60.000 SoldatInnen, die 4 000 Kilometer rund um die EU (wobei dies nur als planerische Größe angenommen wird, Der Standard 2000) im gesamten „Petersberger Spektrum“ (von humanitären Einsätzen bis zu Kampfeinsätzen) autonom eingesetzt werden kann. Am Balkan und im Kongo ist diese Truppe auch gegenwärtig im Einsatz. Ständige Fortschritte erzielt die EU in der rüstungspolitischen Zusammenarbeit sowie in der Entwicklung militärischer Strukturen (EU-Militärausschuss, EU-Militärstab). Angesichts der geplanten Rüstungsprogramme verlangt die EU von ihren Mitgliedsstaaten „kreative Lösungen“ (EU-Rat in Laeken 2001) zur Finanzierung dieser Vorhaben. Seit den Terroranschlägen in den USA am 11.9.2001 gehört die Terrorbekämpfung für die EU zum „Kernstück der Außenpolitik“. Im Prozess der GASP werden die UNO und die OSZE zu Gunsten eigener Interventionskapazitäten in kleinen Schritten marginalisiert. Das zivile Krisenmanagement – welches seinen Namen auch verdient – bleibt budgetär und von der politischen Prioritätensetzung weit im Schatten der EU-Militärpolitik, auch wenn in diesem Bereich große Fortschritte erzielt wurden. Die Sicherheitspolitik ist in der EU nach wie vor in wichtigen Punkten noch von nationalen Interessen geleitet. Der US-Krieg gegen den Irak und die Teilung Europas von Seiten der USA in ein „altes“ und ein „neues“ (zu den Positionen des „neuen“ Europas: Center for the Study of Balkan Societies and Cultures 2003) Europa war der Elchtest für die bisherigen Bemühungen um eine gemeinsame Außenpolitik der EU-Staaten und für den militärisch interventionswilligen Kern der EU-Staaten der Katalysator zur Weiterentwicklung eines Kerneuropas. Wenn die EU nicht zu einer gemeinsamen Außenpolitik findet, wird sie diese auch über den Weg einer gemeinsamen Militär- und Rüstungspolitik nicht finden.

Der ehemalige deutsche Verteidigungsminister Rudolf Scharping hat erklärt, dass der Verteidigungsfall der Einsatzgrund mit der geringsten Eintrittswahrscheinlichkeit ist („Viel wahrscheinlicher ist, dass auf dem Territorium anderer Länder deutsche Sicherheit verteidigt werden muss.“). Sein Nachfolger Peter Struck erklärte anlässlich einer Pressekonferenz: „Die Sicherheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt“ (Struck, 5.12.2002). Statt auf klassische Gebietsverteidigung bereiten sich die Armeen der EU-Staaten Schritt für Schritt auf künftige Militärinterventionen außerhalb des EU-Territoriums vor. Gerald Mader, Präsident des Österreichischen Studienentrums für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK), führt zur Interventionspolitik aus: „Wenn die EU gemeinsam mit der NATO auf offensive Militärstrukturen

umrüstet, die sie zu weltweiten militärischen Interventionen und Kriegen befähigen, dann wird es zu solchen Interventionen auch kommen. Irgendwo findet sich dann immer ein Reich des Bösen oder ein Schurkenstaat, der Anlass hiezu bietet“ (Mader 2001: 53). „Primäres Ziel dieser militärischen Interventionen“, so Mader weiter, „ist die Durchsetzung von Macht- und Wirtschaftsinteressen“ (Mader 2001: 55). Im Verteidigungsministerium in Wien nach den Gründen recherchiert, kann man u.a. auf folgende Aussage stoßen: „Für Österreich ist die Teilnahme an EU-Einsätzen mit großem Nutzen verbunden (...) Als wesentliche Zielsetzung der europäischen Sicherheitspolitik nennt Prof. DDr. Erich Reiter, Beauftragter für Strategische Studien des BMLV: (...) Kooperation mit den USA und mit Japan zum globalen Management von Konflikten und zwecks Zugangs zu strategischen Rohstoffen, der Aufrechterhaltung freien Handels und der Schifffahrt“ (Bundesministerium für Landesverteidigung 2001). Künftiges EU-Konfliktpotenzial erscheint im militärischen Bereich mangels militärischer Bedrohungen weniger durch Angriffe auf die EU und damit der Ausrufung eines Verteidigungsfalls als durch selbstgefährdenden Interventionismus zu entstehen.

EU-weit werden oder wurden die Streitkräfte umstrukturiert: weniger SoldatInnen und weniger Verteidigungswaffen, stattdessen mehr hochmobile Interventionstruppen und mehr Offensivkapazitäten. Ein gegenwärtig visionär anmutendes Ziel ist eine EU, von der keine militärische Bedrohung, Aggression und Militärintervention ausgehen kann. Es ist gegenwärtig der Trend von quantitativer Abrüstung zur qualitativen Aufrüstung festzustellen. Der deutsche Friedensforscher Tobias Pflüger zeigt am augenscheinlichen deutschen Beispiel stellvertretend auf: „Dieser Aufbau einer EU-Truppe passt zur Entwicklung der Bundeswehr mit einer quantitativen Abrüstung auf höchstens 280.000 Mann und Frau und einer qualitativen Aufrüstung mit der Verdreifachung der Einsatzkräfte (früher Krisenreaktionskräfte) von 53.600 auf 150.000. Die Kriegsführungsfähigkeit der Bundeswehr wird damit enorm gesteigert“ (Haydt, Pflüger, Wagner 2003: 71). Gemäß den Entscheidungen auf europäischer Ebene hat sich die ÖVP-FPÖ-Bundesregierung auch für den Ankauf des vom größten europäischen Rüstungskonsortium EADS hergestellten Kampfflugzeuges „Eurofighter“ entschieden (Gose 2003). Der Militär- und Sicherheitsexperte Christopher Steinmetz analysiert: „Der Konzern profitiert von seinem öffentlichen Image als ziviles Luft- und Raumfahrtsunternehmen und geht mit dem ‚Europa-Gedanken‘ bei der EU und den nationalen Regierungen hausieren“ (Steinmetz 2002 a: 17). Grundsätzlich wird in der EU im Rüstungsbereich in jene Projekte investiert, die die EU von den USA unabhängiger machen (z.B. Satellitensystem Galileo oder Airbus A400M). Die von Österreich angekauften Hubschrauber (Typ Black Hawk) entsprechen den Aufgaben von künftigen Militärinterventionen. „Die Grundlage der Rüstungspolitik ist der militärische Bedarf. Wir rüsten ja nicht für den Katastrophenfall“, so der Leiter der Luftabteilung des Bundesheers Erich Wolf schon 1999 (Truppendienst 1999: 250). Insgesamt hat das Bundesheer einen Investitionsrückstand von rund 10,9 Mrd. Euro (150 Mrd. öS) festgestellt. Das Militärbudget müsse mindestens verdoppelt (auf rund 1,5 %), aber besser auf 2 % des BIP erhöht werden, ließ man die Bevölkerung über die Presse wissen (Die Presse 2001). In Deutschland wird über Aufrüstungskosten für die nächsten 20 Jahre in der Größenordnung von rund 150 Mrd. Euro spekuliert (Henken 2003: 9, 16; Unterseher 2001: 1468). Im Geschäftsbericht 2001 der EADS wird mit Unterstützung einer NATO-Graphik bis zum Jahr 2010 prognostiziert, dass die Rüstungsausgaben von Europa und den USA um rund 50 % über jenen der Hochzeit des Kalten Krieges

liegen werden (EADS 2001: 15). Die Aufrüstungswünsche sind gemessen an den tatsächlichen Bedrohungen völlig unverhältnismäßig.

Die EU schafft in kleinen Schritten Distanz zur UNO. Trotz des Bekenntnisses zum Multilateralismus – um sich nach der Uneinigkeit der GASP im Zuge des Irak-Krieges wieder zu konsolidieren – wird über Fragen der Mandatierung von militärpolitischen Operationen laut nachgedacht (u.a. Europäisches Parlament 2000). In Österreich äußert sich die in Veränderung befindliche Mandatsdiskussion im neuen Kriegsmaterialiengesetz, Truppenaufenthaltsgesetz, dem Artikel 23 f der österreichischen Bundesverfassung oder der Sicherheitsdoktrin. „Die Aktionen der EU werden im Einklang mit den Grundsätzen der VN-Charta und den Prinzipien und Zielsetzungen der OSZE-Charta für europäische Sicherheit durchgeführt“ (Europäischer Rat 1999), so der EU-Rat von Helsinki 1999. Die Grundsätze der UNO oder die Prinzipien der OSZE sind nicht mit einem ausdrücklichen Mandat dieser Organisationen gleichzusetzen. Damit könnte auch die EU einen jahrzehntelang bewährten internationalen Konsens der Nachkriegsgeschichte verletzen. Die Bindung an das Völkerrecht und an ein ausdrückliches Mandat muss u.a. eine absolut unerlässliche Voraussetzung für militärisches Vorgehen bleiben, um nationalstaatlicher militärischer Interessenspolitik großer Staaten – gerade in Zeiten des um sich greifenden „Kerneuropagedankens“ – Einhalt zu gebieten. Die veränderte Prioritätensetzung Österreichs widerspiegelt sich auch im Abzug österreichischer Blauhelme aus Zypern nach 37 Jahren, um die Militärkapazitäten für EU-Interventionsstrukturen sicherzustellen. Österreich hat als neutraler Kleinstaat durch die UNO in der Vergangenheit eine überaus bedeutende Rolle in den Internationalen Beziehungen einnehmen können. Es muss im eigenen Interesse Österreichs liegen, konstruktiv an der Diskussion um die Reform der UNO, den Fortschritt in Abrüstungsfragen und der Stärkung der Organisation mitzuwirken. Im Hinblick auf die Strukturen der UNO führt Johan Galtung aus: „Es gibt 56 islamische Länder auf der Erde. Und in den Vereinten Nationen gibt es für die islamischen Länder keine Stimmen als ständige Mitglieder im Sicherheitsrat. Wie wäre es, wenn es im Sicherheitsrat vier islamische Länder und ein konfuzianisches gäbe? Würden wir noch Mitglieder sein? Ich glaube nicht“ (Galtung 2003: 286).

Der Genfer Journalist Andreas Zumach stellt angesichts der Einsatzszenarien der EU-Interventionstruppe zentrale Fragen: „Gegen welche Bedrohungen und Gefahren will sich die EU mit ihren neuzuschaffenden militärischen Kapazitäten und Fähigkeiten wappnen? Geht es um ähnliche Konfliktszenarien, wie sie in den letzten neun Jahren im ehemaligen Jugoslawien stattgefunden haben? Wird ein militärisches Wiedererstarken Russlands befürchtet? Oder geht es darum, in 20, 30 Jahren mittels einer EU-Eingreiftruppe die europäischen Interessen an den Öl- und Gasvorräten im Kaukasus und am Kaspischen Meer zu sichern?“ (Zumach 2001: 35). Der deutsche Wehrtechnische Report gibt darauf in Bezug auf Deutschland vage Antworten. Mögliche Krisenräume sind der Balkan, Randzonen und Nachbarn Russlands, der Kaukasus, die NATO-Grenze Osttürkei, asiatische Nachfolgerepubliken („Durch die Interessenlage beim Öl könnte auch China tangiert sein“) und weitere Krisenzonen wie der Nahe Osten, die Golf-Region und der nordafrikanische Gürtel (Neuber 2000: 5). Hinsichtlich der Einsatzbereiche präzisiert die Österreichische Militärische Zeitschrift: „Als denkbare Einsatzbereiche wurden Nordafrika, Zentralafrika, Osteuropa, der Kaukasus und der Mittlere Osten angesprochen“ (Korkisch 2001: 364). Zu möglichen künftigen sicherheitspolitischen Instabilitäten bemerkt Zumach: „Die Militarisierung der EU wird in einigen Jahren zu neuen

Bedrohungswahrnehmungen zumindest in Moskau führen, möglicherweise auch anderswo“ (Zumach 2001: 36). Die Grüne EU-Abgeordnete Elisabeth Schroedter führt dazu aus: „Die EU selbst wird durch die Verbindung von wirtschaftlicher Stärke und militärischer Macht zur weltweiten Bedrohung (...) weil sie sich durch die Fähigkeit zur weltweiten Intervention politischen Einfluß verschaffen kann und darüber hinaus Handelswege, Absatzmärkte und Rohstoffe sichern kann und will“ (Schroedter 1999: 46 f.). Der Berliner Transatlantik-Experte Otfried Nassauer sieht für die kurz- und mittelfristige Zukunft europäischer Streitkräfteeinsätze 3 Szenarien: Erstens friedenserhaltende bzw. -erzwingende Einsätze aus humanitären Gründen und zum Wiederaufbau in Krisenregionen. Hier ist eine gleichberechtigte oder federführende Teilnahme denkbar. Die zweite Variante sind die „harten Interventionen“ mit hohem Gewaltniveau, bei denen die EU eine unterstützende Rolle haben wird. Diese Einsätze werden entweder aus Gründen gleicher Interessen oder aus transatlantischer Loyalität durchgeführt. Die dritte Option sind Einsätze nach US-Kriegen zum Nation-Building. Auch diese Einsätze – so Nassauer – werden aus „eher politisch-opportunistischen Gründen“ durchgeführt. „Die Umstände, unter denen Europa über seine Beteiligung am militärischen Krisenmanagement wird entscheiden müssen, sind also voraussichtlich nicht nur durch die je aktuelle Krise selbst bestimmt, sondern auch durch Anforderungen der USA im Kontext der je aktuellen politischen und militärischen Interessenslage der USA“ (Nassauer 2003: 948). Institutionell sieht der Militärexperte Arno Neuber 3 Einsatzvarianten für die EU: „Die NATO-Variante (wie im Krieg gegen Jugoslawien), der EU-geführte Militäreinsatz mit NATO-Untersützung (wie die Mazedonien-Operation und die geplante SFOR-Übernahme in Bosnien) und die autonome EU-Operation. Letztere Variante wurde mit der Operation Artemis im Kongo erprobt“ (Neuber 2003: 12).

Das EU-Parlament hat sich trotz der direkten Wahl durch die EU-BürgerInnen mehrheitlich nicht als Riegel gegen die Militarisierung der EU verdient gemacht, sondern diesen Prozess nach ihren Möglichkeiten gefördert und vorangetrieben. Dies betrifft besonders die Umgehung der UNO, die Herausbildung der europäischen Rüstungsindustrie, die Einführung eines militärischen Beistandspakts (von der Regierung Schüssel I und II noch in der Zeit der EU-Sanktionen entgegen dem Verfassungsgesetz über die Neutralität gefordert), die Aushöhlung des Vetorechts einzelner Mitgliedsstaaten und den politischen Druck zur Erhöhung der Rüstungsausgaben (Roithner 2003: 42 ff.). Die Diskussion um die militärische Beistandsverpflichtung und deren Vereinbarkeit mit der Neutralität im Zuge der Verfassungsdebatte Mitte Dezember 2003 widerspiegelt die sicherheitspolitische Informationspolitik der Regierungen seit dem EG-Beitritt 1994 gegenüber den BürgerInnen. Dass ein klassisches Element eines Militärpaktes – die EU-Beistandsverpflichtung – unverfroren mit der Neutralität von der gesamten Regierung entgegen aller ExpertInnen als vereinbar erklärt wird, ist Ausfluss einer bewusst durchgeführten Öffentlichkeitsarbeit. Ein Teil des journalistischen Establishments wundert sich in regelmäßigen Abständen in ihren hochanalytischen Kolumnen über die breitesten Mehrheiten der NeutralitätsbefürworterInnen, die für fremde Interessen keine Kriege führen wollen, dem prinzipiellen Gedanken einer politischen Zusammenarbeit in Europa abseits militärischer Muskelspiele aber offen gegenüberstehen. Eine Debatte über die Unvereinbarkeiten zwischen aktiver Neutralitätspolitik und der EU-Militärpolitik wird seit 1994 unterdrückt und die rund 70 bis 85 % der AnhängerInnen der Neutralität in Österreich – die mehrheitlich in allein Bevölkerungsgruppen, Altersgruppen und Parteien vertreten sind – werden als irrational dargestellt. EU-weit – in Österreich in Gestalt des

Informationssicherungsgesetzes (vormals Geheimschutzgesetz) – wird dem Rechnung getragen, dass die in der Bevölkerung höchst unpopuläre Militarisierung nur in einem vom den Staats- und Regierungschef gewünschten und ihren Medien gesteuerten Ausmaß öffentlich diskutiert wird. Diese Vorgehensweise paart sich mit den Ausführungen des Hohen Vertreters der GASP, Javier Solana, der ein Problem darin sah, dass „die Texte für die Öffentlichkeit gemacht“ werden und es daher „an Schärfe fehlt“ (Der Standard 2001).

Im Dezember 2002 hat die Arbeitsgruppe VIII „Verteidigung“ des EU-Konvents ihren Schlussbericht vorgelegt (Europäischer Konvent 2002). Beim EU-Gipfel von Thessaloniki schließlich lag ein Entwurf für eine EU-Verfassung vor. In sicherheitspolitischer Hinsicht sind dem Dokument in den Punkten Aufrüstung, „Kerneuropa“, Rüstungsindustrie und Beistandsverpflichtung neue Qualitäten hinsichtlich der Militarisierung der EU zu entnehmen. 340 der 460 Artikel des Konvents wurden von diesem aber gar nicht diskutiert. Der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker führte dazu aus: „Der Konvent ist angekündigt worden als die große Demokratie-Show. Ich habe noch keine dunklere Dunkelkammer gesehen als den Konvent“ (Der Spiegel 2003). Besonders die Sicherheitspolitik ist in der EU zur „Chefsache“ und zum Elitenprojekt abseits der BürgerInnen und gewählten VolksrepräsentantInnen geworden, die sich in der konsequenten Weigerung von nationalen Volksabstimmungen und Referenden ausdrückt (Ausnahme: Nizza-Vertrag in Irland).

Die Verpflichtung zur Aufrüstung soll in der neuen Verfassung stehen: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich [*sic!*], ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Es wird ein Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, den operativen Bedarf zu ermitteln und Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu fördern, zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Grundlage des Verteidigungssektors beizutragen und diese Maßnahmen gegebenenfalls durchzuführen“ (Europäische Gemeinschaften 2003, Teil I, Titel V, Kapitel II, Artikel 40 (3)). Weiters kann eine Staatengruppe mit der Durchführung einer militärischen „Mission“ im Rahmen der EU beauftragt werden (Artikel 40, 5). Der militärische Interventionismus wird damit zur „Kerneuropa“-Angelegenheit (Schäuble, Lamers) und die Frage der Mandatierung ist unklar. Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg haben im April 2003 auf dem „Pralinengipfel“ erste konkrete Schritte in diese Richtung unternommen, die von Frankreich, Großbritannien und Deutschland anlässlich des EU-AußenministerInnen Treffens in Neapel im November 2003 weiter präzisiert wurde. Ein Vorschlag in Neapel beinhaltete auch eine feste militärische Beistandsverpflichtung, die von den anderen Neutralen Finnland, Schweden und Irland prompt abgelehnt wurde. Für Mitgliedstaaten mit anspruchsvolleren militärischen Fähigkeiten ist von dem Konventsentwurf die festere Verpflichtung in Form einer strukturierten Zusammenarbeit vorgesehen (Artikel 40, 6). Eine engere Zusammenarbeit ist ebenfalls für die „gegenseitige Verteidigung“ eingerichtet (Artikel 40, 7), die im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines dieser Kerneuropastaaten zur Wirkung kommt. Die militärische Beistandsverpflichtung wird für das „Gravitationszentrum“ (Josef Fischer) oder die „Spitzengruppe“ (Jacques Chirac) eine Wirklichkeit, wobei hier stark mit dem Militärpakt NATO zusammenarbeitet wird. Der Artikel 42 des Vertragsentwurfes von Thessaloniki sieht eine „Solidaritätsklausel“ vor, in der Mitgliedstaaten mit all ihren zur Verfügung stehenden Mitteln „solidarisch“ sind, wenn ein anderer Staat „von einem Terroranschlag oder einer Katastrophe

natürlichen oder menschlichen Ursprungs betroffen ist.“ Die EU mobilisiert in diesem Fall alle zur Verfügung stehenden Mittel – und damit sind auch militärische Mittel dezidiert angeführt – um „terroristische Bedrohungen im Hoheitsgebiet von Mitgliedstaaten abzuwenden“ (Artikel 42, 1, a) oder „die demokratischen Institutionen und die Zivilbevölkerung vor etwaigen Terroranschlägen zu schützen“ (Artikel 42, 1, b). Alle EU-Mitgliedstaaten sollen bei Terror (sowie auch dessen Abwendung) oder natürlichen bzw. menschlichen Katastrophen auch militärisch solidarisch sein. Die nähere Definition dieses Sachverhalts bleibt offen und scheint von Fall zu Fall von den politischen und militärischen Eliten EU-Europas vorgenommen zu werden. Für die BefürworterInnen einer fortschreitenden EU-Militarisierung in Richtung eines Militärpakts muss dies als Quantensprung vorwärts bezeichnet werden. Im vorliegenden Verfassungsentwurf führt die EU aus, dass der besondere Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten (NATO-Staaten und Neutrale) nicht (Artikel 40, 2) berührt sei. Kritik am Verfassungsentwurf der EU formiert sich mittlerweile europaweit. Als Ausdruck dessen kam auch von dem im November 2003 stattgefundenen Europäischen Sozialforum (ESF) in Paris eine deutliche Ablehnung, die weit über sicherheitspolitische Fragestellungen hinausging. Das ESF kritisierte die Rolle des Militärpaktes NATO und die Militarisierung der EU. In Österreich kanalisiert sich der Widerstand zur EU-Militarisierung – und zur Verfassung im speziellen – in dem in der Einleitungsphase befindlichen Friedensvolksbegehren.

Am 20.6.2003 legt Javier Solana einen Entwurf für eine EU-Sicherheitsdoktrin vor (Solana 2003). Armut, Hunger, Unterernährung, Flüchtlinge, Kriegstote, Temperaturanstieg, Korruption u.v.a. werden unter den „Neuen Bedrohungen in einem neuen Sicherheitsumfeld“ genannt. Solana skizziert neben dem neuen sicherheitspolitischen Umfeld drei Hauptbedrohungen: Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und „Gescheiterte Staaten“ (failed states). Die Parallelen zu den US-Bedrohungen sind angesichts der Zerwürfnisse nach dem Irak-Krieg nicht zufällig gewählt. Die „failed states“, die nicht bereit sind, in die Gemeinschaft zurückzukehren „sollten sich im Klaren sein, dass sie dafür einen Preis bezahlen müssen“. „Die EU-Außenminister“, so berichtet die Presse „haben bei ihrer vorbereitenden Sitzung bereits ihren Sanktus zu Gewaltmaßnahmen als ‚letztem Mittel‘ gegen Staaten mit Massenvernichtungswaffen gegeben“ (Böhm 2003). „Bei den neuen Bedrohungen“, so das EU-Papier „wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen.“ Gescheiterte Staaten sind nicht selten ein Produkt von Armut und einer Weltordnung, die diesen Akteuren in den internationalen Beziehungen keine angemessenen Chancen zur Entwicklung gibt. Statt vorbeugendes militärisches Engagement oder diesen Staaten irgendwelche militärischen „Preise“ abzupressen soll die EU im Sinne einer zivilen Krisenprävention die gemeinsame Außenpolitik dazu nutzen, um die versprochenen 0,7 % des BSP für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen und dies auch von anderen Staaten einzufordern. Die Energieabhängigkeit der EU ist für Solana „Grund zur Besorgnis“. Der Anteil an Importen wird weiter ansteigen. Die aufgezählten Energieeinfuhrstaaten und -regionen liegen im 4.000 Kilometer-Aktionsradius der EU-Interventionstruppe. Im Gegensatz zu der Bush-Regierung macht die EU aber offiziell ihren Wohlstand von einer funktionierenden multilateralen Weltordnung abhängig und betont die zivilen Aspekte der Sicherheitspolitik. Die Auswirkungen der globalen Lage auf die europäische Politik sieht Solana wie folgt: Sie muss aktiver sein. Ausgeführt wird dabei, die EU sollte „nötigenfalls in der Lage sein, mehrere Operationen gleichzeitig aufrechtzuerhalten“. Es sei eine „strategische

Kultur“ (*sic!*) zu entwickeln, ein „nötig robustes Eingreifen“ zu begünstigen. Neben der Kohärenz ist noch die Handlungsfähigkeit gefragt. „Mehr Mittel für die Verteidigung“ ist eine der wichtigsten Botschaften. Der „Zusammenarbeit mit Partnern“ wird große Bedeutung eingeräumt: „Gemeinsam handelnd können die Europäische Union und die Vereinigten Staaten eine eindrucksvolle Kraft sein, die sich für das Gute in der Welt einsetzt.“ (*sic!*) Gerald Mader resümiert über die Sicherheitsdoktrin wie folgt: „Das Solana Papier ist daher eine Kampfansage sowohl an die unilaterale Weltordnung der USA als auch an die Friedenspolitik. Denn friedenspolitisch macht es keinen Unterschied, ob völkerrechtswidrige Angriffskriege im Namen der USA oder der EU geführt werden. (...) Die Einstellung der europäischen Bevölkerung, die Budgetkriterien des Maastricht Vertrages, der Abbau des Sozialstaates und die zunehmenden Aktivitäten der Globalisierungsverlierer und -kritiker werden aber dafür sorgen, dass die Träume von einer europäischen Weltmacht nicht Realität werden“ (Mader 2003: 28).

Zur Frage der Entwicklung des Charakters der Außenpolitik der EU hat der Vorsitzende des EU-Militärausschusses, General Hägglund, treffend ausgeführt: „Man hat gesagt, die USA werden den Krieg führen und die EU wird für den Frieden zuständig sein. (...) Das war so und bezieht sich auf die Vergangenheit, aber das stimmt für die Zukunft nicht“ (Spinant 2002). Robert Cooper, führend im MitarbeiterInnenstab von Javier Solana, meint: „Illusionen geben sich jene hin, die von Deutschland oder Europa als einer ‚zivilen Macht‘ sprechen“ (Cooper 2003: 35).

In Bezug auf die EU sind angesichts der US-amerikanisch geprägten Konturen einer militärischen Globalisierung unterschiedliche Entwicklungen möglich.

1. Die EU wird durch hohe Rüstungsanstrengungen und einem offensiven Militärkonzept „gleichwertiger“ Konkurrent und Gegenpol der USA.
2. Die EU konzentriert sich auf die Stabilität des Kontinents, überlässt die globalen Sicherheitsfragen den USA und bleibt ein vollständiger Vasall.
3. Die EU schwimmt im sicherheitspolitischen Kielwasser der USA, gibt im Vergleich zu den USA „wenig“ für Rüstung aus und fährt am Trittbrett der US-Militärpolitik mit dem Status der transatlantischen Beziehungen vor dem Irak-Krieg.
4. Die EU hegt die Hoffnung, dass die USA mit einem multilateralen außenpolitischen Konzept wieder in die Staatengemeinschaft zurückfinden und setzt ihren Kurs mit mehr oder weniger gemeinsamer Außenpolitik fort.
5. Als weitere Option kann die EU die umfassende Prioritätenumkehr zwischen den gegenwärtigen Anstrengungen für Ziviles und Militär zugunsten der nichtmilitärischen Konfliktbearbeitung anstreben und sich abseits neoimperialer Außenpolitik mit einem nicht-interventionistischen Militärkonzept positionieren.

### **3. Die Außen- und Militärpolitik der USA nach dem 11.9.2001**

Schon vor dem 11.9.2001 – dem Tag nachdem angeblich nichts mehr so ist, wie es einmal war – analysiert der amerikanische Politologe und Sprachwissenschaftler Noam Chomsky: „Nun gab es keine sowjetische Bedrohung mehr und die USA konnten, zusammen mit ihrem treuen Jagdhund, Großbritannien, freier agieren als je zuvor, und auch dem Einsatz von Gewaltmaßnahmen waren nun keine Grenzen mehr gesetzt“ (Chomsky 2001: 68). Das scheinbar entgrenzte politische Vorgehen der USA manifestiert sich in militärischer Hinsicht beispielsweise in der atomaren Erstschlagsdoktrin, der Entwicklung neuer Atomwaffen, der Kündigung des ABM-Vertrages, der Nichtratifikation des CTBT, der Doktrin des „Präventivkrieges“ in der Nationalen Sicherheitsdoktrin oder der Nennung von militärischen Zielländern in der



„Nuclear Posture Review“. Die Ausgaben der USA für „Verteidigung“ übertreffen jene von Russland, Japan, Frankreich, China, Großbritannien, Deutschland, Italien, Saudi-Arabien und Taiwan zusammen (Le Monde Diplomatique 2003: 36). Der SIPRI-Jahresbericht 2002 stellt fest, dass 43 % der globalen Militärausgaben auf das Konto der USA gehen (Der Standard 2003 a). Das Militärbudget der USA wurde im Jahr 2000 mit 280 Mrd. US\$ angegeben. Ein Jahr später wurde das Budget auf 296 Mrd. US\$ erhöht, 2002 auf 331 Mrd. US\$, um es 2003 auf 379 Mrd.\$ zu steigern. 2004 hat George W. Bush seiner Armee 401,3 Mrd. US\$ zugestanden (Der Standard 2003 b). Nach SIPRI-Angaben soll das Budget 2007 einen Wert von 469 Mrd. US\$ erreichen. Der Kasseler Friedenswissenschaftler Peter Strutynski geht davon aus, dass der Kalte Krieg nur aus einer eurozentristischen Sicht beendet wurde (Strutynski 2003: 95).

Für die USA geht es u.a. um die lebenswichtigen Interessen, wozu auch „die Sicherung uneingeschränkter Zugangs zu Schlüsselmärkten, Energievorräten und strategischen Ressourcen“ (Bill Clinton vor der UN am 27.9.1993, in: Chomsky 2001: 12) gehört. Diese ökonomischen Interessen zählen neben geopolitischen Überlegungen zu den zentralen Motiven für die jüngsten Kriege gegen Afghanistan und Irak im Gefolge des 11.9.2001 (Scheffran 2003). „Offen ist die Frage, mit welchem Grad an Gewalttätigkeit künftige Konflikte um geopolitische Einflußzonen, um beherrschte Räume, um ökonomische Ressourcen und Machtpositionen ausgetragen werden“ (Biermann, Klönne 2003: 8).

Das „Project for a new American Century“ gehört neben zahlreichen andern think-tanks zu den geistigen Begründern der neoimperialen Außen- und Militärpolitik des Kabinetts von George W. Bush. Konkurrenten zu den USA sollen eingedämmt werden. Das Recht zum Präventivkrieg wird festgeschrieben, wenn US-Interessen tangiert sind. Diese Interessen werden u.a. durch die vermeintliche Unterstützung von Terrornetzwerken oder den möglichen Besitz oder Beschaffungswillen von Massenvernichtungswaffen verletzt. Der Irak wurde durch Instrumentalisierung der UNO über 10 Jahre unter Sanktionen und Kontrolle gestellt. Erst nachdem für die US-Strategen klar war, dass der Irak-Krieg „problemlos“ geführt werden kann, begann das offizielle Bombardement. Die Demokratische Volksrepublik Korea wurde aufgrund der im Weißen Haus als unberechenbar eingeschätzten Führung (insbesondere in atomarer Hinsicht) bislang von militärischen Schlägen verschont. „Als Kollateralschaden könnte eintreten, was vorgeblich verhindert werden soll – ein Mehr an Terror und Proliferation“ (Nassauer 2003: 950), so der Berliner Friedensforscher Otfried Nassauer.

Das unilaterale Vorgehen der USA ruft die Schaffung „neuer“ politischer Kooperationsmöglichkeiten hervor. Im dem Entwurf der EU-Sicherheitsdoktrin führt Javier Solana aus: „ (...) aber in den nächsten Jahren sollten wir uns besonders auf die Entwicklung strategischer Partnerschaften mit Russland, Japan, China, Kanada und Indien konzentrieren.“ Auch die starke Zusammenarbeit der Achse Paris – Berlin – Moskau ([www.paris-berlin-moscou.org](http://www.paris-berlin-moscou.org)) ist ein politisches Resultat aus dem Handeln der „einsamen Supermacht“.

„Vor diesem Hintergrund stellt sich der ‚Krieg gegen den Terrorismus‘ als ein Vorspiel des globalen Krieges dar. Bei den militärischen Angriffen, die sich gegen ‚Schurkenstaaten‘, die ‚Achse des Bösen‘ und ‚Terrornetzwerke‘ richten, handelt es sich keineswegs allein um die Hybris der Führungsriege einer Hegemonialmacht,

sondern um einen Krieg des ‚dritten Jahrtausends‘: Die Mächte der kapitalistischen Ordnung versuchen die Unordnung, die in der Reproduktionsstruktur des globalen Systems vor allem durch die Ökonomie erzeugt und durch den Markt externalisiert wird, unter Einsatz politischer und militärischer Macht zu beseitigen“ (Mahnkopf 2003), so die Ökonomin Birgit Mahnkopf.

Der weltweite Protest gegen die Außen- und Kriegspolitik der USA gegen den Irak im Jahre 2003 ging weit über die bisherigen Antikriegs-Proteste hinaus. Besonders durch den Prozess der globalen und europäischen Sozialen Foren wurden breite Teile der Zivilgesellschaft in den tatsächlich globalen Protest eingebunden. Am 15.2.2003 demonstrierten über 20 Millionen Menschen in allen Kontinenten gegen den Krieg. Die von George W. Bush und seinem Kabinett konstruierte „Allianz der Willigen“ stand einer breiten Mehrheit von Staaten gegenüber, die als „Allianz der Unwilligen“ ihren Unmut gegen der unilateralen Kriegspolitik der US-Regierung kundtat.

Der Friedensforscher Otfried Nassauer ortet in der US-Außenpolitik „eine aktive Deregulierung der internationalen Beziehungen“. Diese äußert sich in der „Entrechtlichung der internationalen Beziehungen“ (ABM-Vertrag, Strafgerichtshof; „Multilateralismus à la carte“), der „Renationalisierung von Entscheidungsbefugnissen und Rechtssetzungsansprüchen“, der „Devaluierung internationaler Organisationen“ (UNO und NATO), der Bündnispolitik nach dem Modell „Coalition of the Willing“, der „Ausweitung der als legitim erachteten Interventionsgründe“ („Humanitäre Intervention“, Massenvernichtungswaffen, Terrorismus) und in der Ausweitung der Umstände für legitime Kriege (Prävention und Präemption) (Nassauer 2003: 949).

Die Frage der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und die nichtstaatlichen asymmetrischen Bedrohungen verlangen selbstverständlich eine möglichst breite Zusammenarbeit, um auf diese Herausforderungen gemäß ihrer tatsächlichen Bedrohungen angemessen zu reagieren. Für die breite Mehrheit der UNO-Mitglieder und überwiegendste Teile der Weltbevölkerung, der Religionsgemeinschaften und der Zivilgesellschaft war jedoch das Verhalten der USA – insbesondere vor dem Irak-Krieg – eher Grund zur Distanz als zur militärischen Kooperation. Die für die EU offiziell als wichtig propagierten zivilen Aspekte werden in der zunehmenden Fokussierung der Diskussion um die Schließung von transatlantischen Rüstungslücken von Seiten der EU an den Rand gedrängt. Ebenso im Abseits der veröffentlichten politischen Diskussion ist die Frage, ob nicht die westliche Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik – mit all ihren Differenzierungen – nicht auch Teil der Ursachen für die gegenwärtigen Instabilitäten ist und gerade die Konzentration auf eine Politik der Stärke nicht die richtige Antwort ist. Ein möglicher Militärpakt EU wäre Teil des Problems und nicht ein Teil der Lösung.

#### **4. Die transatlantischen Beziehungen und der Streit um die Militärhegemonie**

Die EU und die USA sind zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht längst Konkurrenten geworden. Dabei sind nicht nur der Verkauf von Rüstungsgütern (EADS vs. Boeing oder Galileo vs. GPS) oder die nun gelockerten Stahlsanktionen der USA von Bedeutung, sondern auch das global neu zu ordnende Verhältnis von Dollar und Euro.

Die Liste der mehr oder weniger großen Verschiedenheiten zwischen den USA und der EU ist mittlerweile länger geworden: Internationaler Strafgerichtshof, Klimaschutzprotokoll, Biowaffen-Konvention, ABM-Vertrag, Atomwaffenpolitik, Antipersonenminen, Waffengesetze, Guantanamo-Gefangene, Bedeutung internationaler Organisationen (UNO, OSZE oder NATO), das offizielle Eingeständnis der Verbreitung von Lügen zum Erreichen außenpolitischer Ziele etc. (u.a. Bastian 2002, Ziegler 2003). Manche dieser Probleme sind älter als die Regierung Bush jr. und daher stellt sich die Frage, ob die Außenpolitik unter Clinton und Gore abseits martialischer Rhetorik und Muskelspiel tatsächlich substanziell friedlicher war, als jene von George W. Bush. Als „gemeinsame Werte“ in der Außenpolitik zwischen den USA und der EU werden stets Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die neoliberale Globalisierung (mitsamt den Strukturen, die für die Aufrechterhaltung der globalen Asymmetrien sorgen) angeführt. Schenkt man dem Entwurf für eine EU-Sicherheitsdoktrin Beachtung, so kommt zu dieser Liste – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität – das Vorgehen gegen unbeugsame „Schurken“ oder „failed states“, die Terrorbekämpfung und das präemptive Vorgehen gegen unsachgemäße Innehabung von Massenvernichtungswaffen. Die Beschaffung von Atomwaffen ist wie die Drohung mit dem Einsatz dieser Waffen (von Seiten der USA) als auch die Androhung eines Präventivkrieges als Reaktion illegal und völkerrechtswidrig. Es geht aber gegenwärtig nicht um unterschiedliche Meinungen zu Teilaspekten der Internationalen Beziehungen (wie lang die Liste von Dissenspunkten auch ist), sondern – trotz aller gegenseitiger Abhängigkeiten – um nichts geringeres als die Frage der künftigen Weltordnung. Die USA betrachten die sicherheits- und militärpolitische Emanzipation der EU aufgrund ihrer eigenen künftigen Rolle in der Welt mit Skepsis. Der deutsche Friedensforscher Tobias Pflüger führt zu den „gemeinsamen Interessen“ aus: „Die westlichen Staaten sind sich in den Kernfragen einig, bei Differenzen im Detail (Irak): weitere Aufrüstung und Herausbildung kriegsführungsfähiger Armeen. Die Kriege der Zukunft werden in ständig wechselnden Koalitionen stattfinden, bei denen nicht immer alle mitmachen werden. Aber die Kriege werden stattfinden, gegen Länder und Menschen im Süden“ (Haydt, Pflüger, Wagner 2003: 92).

Eine mit den USA vergleichbare Militärmacht EU ist weder wünschenswert noch aufgrund des gigantischen US-Rüstungsvorsprungs möglich. Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen EU und USA führt Emmanuel Todd aus: „Die Kräfte der Annäherung wie die der Abstoßung werden beide stärker. So steht in Europa dem wachsenden Bedürfnis nach einem Aufgehen in den USA der immer stärkere Wunsch nach einer Abspaltung entgegen, wobei die letztere Tendenz zusehends die Oberhand gewinnt“ (Todd 2003: 214). Spätestens der 11. September 2001 und der darauf folgende US-Krieg gegen Afghanistan haben gezeigt, dass das Sicherheitsdenken auf beiden Seiten des Atlantiks neu und zukunftsfähig gestaltet werden muss. Gerade jene, die sich den europäischen Werten als oberste außenpolitische Priorität verschrieben haben, müssen anlässlich der Emanzipationsbestrebungen der EU die Chance einer echten Loslösung von den USA wahrnehmen. Ziel ist eine Politik, die sich von der US-Außenpolitik durch ein explizit ziviles Profil deutlich unterscheidet. Im Falle des sich abzeichnenden europäischen Nacheifers einer US-Aufrüstungs- und Interventionspolitik ist eine Emanzipation aus friedenspolitischer Sicht nicht sinnvoll. Die Grundlagen für eine weitreichende Zusammenarbeit wurden auch anlässlich der bisher stattgefundenen Weltsozialforen in Porto Alegre und am Europäischen Sozialforum in Florenz (2002)

und Paris (2003) geschaffen. Für Österreich gingen vom Austrian Social Forum und den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Netzwerken wichtige Impulse aus.

Der NATO-Krieg im Kosovo 1999 war für die EU ein zentrales Moment für die Militarisierung. Erst während des 78-Tage-Bombardements haben die politischen EU-Eliten beschlossen, die Abhängigkeit von den USA durch die Schaffung von ernstgemeinten militärischen Kapazitäten zu ändern. Dieser Prozess ist gegenwärtig keinesfalls abgeschlossen. Die politischen und militärischen Interventionsmöglichkeiten der EU liegen weit hinter den Fähigkeiten der USA. Die EU setzt in ihrem unmittelbar geografischen Einflussraum Mittel- und (Süd-)Osteuropa neben der militärischen Karte auch auf den Stabilitätspakt oder die Erweiterung(-soption). Den USA hat dieser Krieg auch die Grenzen innerhalb der NATO aufgezeigt. Wurde im Zuge des Kosovo-Krieges in den USA und der EU die Enttabuisierung des Krieges über die „humanitäre Intervention“ oder die „Verhinderung eines neuen Auschwitz“ vorgenommen, sind heute Terror und Massenvernichtungswaffen der Legitimationsgrund, um Länder und deren Bevölkerung in die Kategorie der „failed states“ zurückzubomben. Als Legitimation für künftige Kriege und Bombardements werden Armut und Umweltzerstörung herhalten müssen.

Nach dem Krieg gegen Afghanistan und dem Irak-Krieg wurden die Stimmen lauter, die die letzten Tage des Militärpakts NATO kommen sahen. In den USA und der EU sind – trotz des gebetsmühlenartigen gegenteiligen Beschwörens – längst wirtschaftliche und militärische Meinungsverschiedenheiten aufgetreten. Nicht nur über die NATO üben die USA unübersehbaren Einfluss auf die Sicherheits- und Militärpolitik der EU aus. Je weiter sich die NATO ausdehnt, desto größer wird der US-Einfluss in Europa werden. Für die USA war die NATO auch nach deren Osterweiterung stets ein Instrument zur Kriegführung bzw. Einflussnahme und weniger – wie von den politischen Eliten der EU vielfach angenommen – ein politischer Diskussionszirkel. Nicht zuletzt deshalb werden die USA das militärpolitische Instrument des massiven Einflusses auf die europäische Sicherheitspolitik nicht aus der Hand legen. Aussagen wie jene des deutschen Verteidigungsministers Struck „Es würde die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der EU erleichtern, wenn die EU-Mitglieder auch der NATO angehörten“ (Föderl-Schmid 2002: 9), sind auch Beleg dafür, dass das Bild der Konturen einer militärischen Globalisierung neoliberalen Zuschnitts sich in den Grundpfeilern ähnelt. Der NATO-Gipfel in Prag war für den Einfluss der USA auf die EU ein augenscheinliches Beispiel. Evident ist, dass die USA gegenwärtig nicht nur über NATO-Strukturen, sondern auch über anlassgegebene ad-hoc-Allianzen militärisch aktiv werden. So blieb der nach dem 11.9.2001 erklärte Artikel-V-Beistandsfall in der US-Politik eine unberücksichtigte Option. „Die NATO“, so der Hamburger Friedensforscher Reinhard Mutz „hat einfach aufgehört, eine Angelegenheit herausragenden europäischen Interesses zu sein“ (Mutz 2003: 130). Für die USA ist die NATO nicht nur eine der militärischen Handlungsmöglichkeiten, sondern auch eine politische und durch militärische US-Wünsche hinsichtlich Flexibilität und Ausstattung auch finanzielle „Veto“-Möglichkeit für allzu großen europäischen militärischen Emanzipationsdrang. Der EU-AußenministerInnen Gipfel in Neapel brachte aus Sicht der EU militärpolitische Fortschritte für die Emanzipation der EU, um NATO-/US-unabhängige Strukturen zum Militärinterventionismus zu schaffen. US-Verteidigungsminister Rumsfeld versuchte die NATO als Spielball gegen EU-Militärstrukturen ins Treffen zu führen und meinte „man muss schon einen

sehr guten Grund haben, um diese Institution [Anm: NATO] zu gefährden“ (Der Standard 2003 c).

„Entgegen den Beteuerungen der Politiker sind NRF (Anm.: NATO Response Force) und ERRF (Anm.: European Rapid Response Force) durchaus als Konkurrenten um die gleichen knappen Ressourcen zu sehen“ (Steinmetz 2002 b: 39), so der Berliner Militärexperte. Wenn die Truppen in NRF-Bereitschaft gesetzt werden (insgesamt 21 000 SoldatInnen, wobei 3 000 innerhalb von 7 Tagen einsatzbereit sein sollen und Teile der Truppe in 2 – 3 Tagen; Neuber 2003: 12), sind sie für die ERRF nicht einsetzbar. Über den umkehrten Schluss wird gegenwärtig debattiert. „Gemeinsam ist beiden Interventionsmodellen,“ so Steinmetz weiter „daß von den europäischen Staaten erhebliche Investitionen erwartet werden. (...) Angesichts des technischen Vorsprungs der US-Streitkräfte läuft dies auf den Kauf amerikanischer Schlüsseltechnologien hinaus. Und hier hört es nicht auf, denn sobald die nationalen NRF-Einheiten US-kompatibel ausgerüstet werden, müssten auch die restlichen nationalen ERRF-Einheiten auf diesen Stand gebracht werden. Dieser Anpassungszwang wird sich damit auch auf die EU-Staaten ausdehnen, die keine NATO-Mitglieder sind, einfach um die ERRF-Einheiten untereinander kompatibel zu machen“ (Steinmetz 2002 b: 40). Nach dem Prager NATO-Gipfel führt bei der Schaffung und dem Ausbau einer EU-Interventionstruppe am transatlantischen Militärpakt militärisch und politisch kein Weg vorbei. „In diesem Sinne“, so bilanziert Steinmetz den NATO-Gipfel von Prag, war der Gipfel „für alle Beteiligten ein Erfolg. Die USA bekamen von den europäischen Staaten den politischen Rückhalt für ihren globalen Interventionseinsatz sowie die Zusagen, auch in Zukunft amerikanische Rüstungsgüter zu kaufen. Die europäischen Staaten wiederum erhielten im Gegenzug weitere Argumente zur Erhöhung ihres Verteidigungsetats, für den Aufbau eigener Interventionstruppen und für die Reform der nationalen Einsatzmodalitäten“ (Steinmetz 2002 b: 43). Javier Solana führt aus: „Member States should give greater priority to defence spending: we must do more (and better)“ (Kirk 2002). Nach dem Prager NATO-Gipfel analysieren Angelika Beer und Otfried Nassauer ebenfalls: „Modernisiert wird in Europa jetzt wohl nach amerikanischem Gusto“ (Beer, Nassauer 2002). Gerade im Kerneuropa sind die EU-Staaten nicht länger bereit zu akzeptieren, dass die USA für die EU nie eine völlig autonome Militärrolle vorgesehen hatten. Europäische Aufrüstung ist in Washington herzlich willkommen, sofern die eingekauften US-Waffen auch nach dem Willen der USA eingesetzt werden oder dort Verwendung finden, wo die USA keine Interessen haben. Schritt für Schritt lösen sich aber die militärisch interventionswilligen EU-Staaten auch mit Hilfe des Kerneuropakonzepts aus dem Einfluss der USA. Die Wegmarkierungen waren bisher u.a. das CJTF-Konzept, der EU-Gipfel von Köln 1999, das Abkommen mit der Türkei zur Nutzung von NATO-Infrastruktur und zuletzt die Gespräche im Zusammenhang mit der Beistandsverpflichtung im Zuge des Verfassungsdiskussion, die jeweils die Bedeutung der NATO für die Sicherheit Europas betonten.

Der Wunsch von Teilen der politischen und militärischen EU-Eliten, sich militärisch in eine Spielklasse mit den USA hochzurüsten, wird in der Öffentlichkeit fast als Naturgesetz präsentiert. „Zuweilen gewinnt man den Eindruck, als hätten einige Europäer es eilig, Amerika ähnlich oder gleicher zu werden, in der Hoffnung, damit verstärkte Mitsprache zu erhalten. Von dieser Illusion sollte Europa endlich Abschied nehmen“ (Bahr 2002: 15), so der sicherheitspolitische Vordenker Egon Bahr. Der deutsche SPD-Bundeskanzler Schröder machte aus seiner Auffassung einer „Zivilmacht“ EU keinen Hehl: „Wir brauchen nicht weniger Amerika, wir brauchen

mehr Europa.“ Auch eine weiter militarisierte EU wird die USA nicht zwingen, der EU mehr Mitsprache zu geben. Der unmittelbar nach dem 11.9.2001 erfolgte Krieg gegen Afghanistan hat gezeigt, dass die USA unter George W. Bush diese Mitsprache nicht wirklich wünschen. Eine enorm hochgerüstete EU hätte weder den Afghanistan- noch den Irak-Krieg verhindert. Anstrengungen zur Akkordierung der Außenpolitik der EU-Staaten sind dann sinnvoll, wenn sich die konkrete Politik durch ein explizit ziviles Profil von den USA unterscheidet und in Zeiten des „permanenten Krieges“ die EU eine zentrale Ansprechpartnerin für die Auflösung globaler Asymmetrien und Konfliktursachen ist. Dies verlangt aber nicht nur eine eigenständige kluge Außenpolitik, sondern auch die transatlantischen „gemeinsamen Werte“ zu hinterfragen. Birgt der Beistandspakt der NATO für das „alte“ Europa angesichts der neoimperialen US-Außenpolitik und den unilateralen US-Entscheidungsstrukturen heute mehr Vorteile oder mehr Risiken in US-Kriege verwickelt zu werden? Ein militärischer Beistand für die EU-Staaten ist vielmehr bedrohungspolitische Panikmache und Instrument zur weiteren Militarisierung als eine in der heutigen sicherheitspolitischen Welt tatsächlich zu entscheidende Frage.

Die USA haben unmissverständlich deutlich gemacht, dass die NATO neben der UNO, ad hoc-Allianzen oder einem alleinigen militärischem Vorgehen nur eine der Optionen darstellt. „Die Stärken der europäischen Fähigkeiten liegen im zivilen Bereich, in der Fähigkeit zu sozialer, politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Intervention. (...) Der Früherkennung von gewaltförmigen Konflikten und der Gewaltprävention muss aus europäischer Sicht Vorrang vor der Eindämmung und Einhegung von Gewalt zukommen. (...) Prävention und Präemption müssen feste Bestandteile einer künftigen europäischen Sicherheitspolitik sein – mit nichtmilitärischen Mitteln. (...) Diese darf nicht in den Fehler verfallen, die Ansätze Washingtons zu kopieren“ (Nassauer 2003: 953 f.). Wenn das Prinzip der Konfliktprävention an die Stelle von künftigen Militärinterventionen treten soll, sind die finanziellen, personellen und politischen Prioritäten zwischen Militärischem und Zivilem in der EU – unabhängig von den Aufrüstungsplänen der USA – im Sinne der sozialen Sicherheit umzukehren. Die EU ist – auch wenn naturgemäß die Militärs in der österreichischen und EU-Sicherheitsdoktrin den Terror hysterisieren – militärisch von keinem Staat und keiner Staatengruppe bedroht. Die Bedrohung durch asymmetrische Kriege ist heute vielmehr eine Frage von kluger und ernstgemeinter Friedenspolitik.

Es erscheint deutlich, dass die EU selbständig von den USA gemäß ihren Interessen militärisch intervenieren will und wird. Eine Konkurrenzstellung ist in manchen Aspekten nicht auszuschließen, auch wenn die USA und die EU einen militärischen Interventionismus in den nächsten Jahren mit unterschiedlicher Vehemenz und Intensität verfolgen. Im Mai 2001 stellte die deutsche EU-Abgeordnete Ilka Schröder in Bezug auf die EU-Sicherheitspolitik folgende Frage in den Raum: „Sowohl die USA als auch EU wollen sowohl Rohstoffe abbauen und verwerten, als auch neue Absatzmärkte aufbauen. Doch der Run auf die noch nicht erschlossenen Gebiete ist groß, und so lauten die Fragen: (...) wer kommt zuerst an die Bodenschätze im Kaukasus – USA oder EU?“ (Schröder 2001). Durch den Unilateralismus der USA, die Bildung von ad-hoc-Allianzen und die damit im Zusammenhang stehende Abwertung der NATO gelangt die EU als „global player“ verstärkt auf die Tagesordnung. Eine künftig wachsende Konkurrenzsituation um die Einflussphären in bestimmten Regionen des Globus zwischen den USA und der EU ist nicht unwahrscheinlich. Die Entscheidungsprozesse in den neuen EU-

Mitgliedsstaaten werden in dieser Frage entscheidend sein. Über die sicherheitspolitischen „Unterschiede“ zwischen den USA und der EU führt der Bundesausschuss Friedensratschlag Kassel aus: „Die ‚Zivilmacht Europa‘ wirke mäßigend auf die allzu unbesonnene, wenig zimperliche USA ein. Es wird höchste Zeit, eine öffentliche Diskussion über diesen Unsinn zu führen“ (Bundesausschuss Friedensratschlag 2002: 49).

Global destabilisierende Machtkonzentrationen zwischen den USA und der EU werden nicht nur wegen der militärtechnologischen Kluft – wie viel auch die EU in den nächsten Jahren von ihrer Bevölkerung an Geldern für die Rüstung abverlangen wird – , sondern auch wegen der so genannten „gemeinsamen Werte“ nicht zu erwarten sein. Eine Aufteilung von „Einflusszonen“ zwischen der EU und den USA unter Berücksichtigung regionaler Hegemoniestaaten erscheint realistischer. Die laufenden oder in Planung bzw. in der Nachdenkphase befindlichen Einsätze der EU-Interventionstruppe scheinen einen Teil der „Einflusszonen“ abgesteckt zu haben: Die Präsenz am Balkan (Mazedonien und Bosnien-Herzegowina), das Nachdenken über einen Einsatz im ehemaligen sowjetischen Territorium Moldawien (Schmölzer 2003: 5) und im Herzen von Afrika am äußersten Rand des 4.000-Kilometer-Aktionsradius der EU-Interventionstruppe im Kongo stecken vorerst das Feld ab. Die ersten mitunter militärisch durchgeführten EU-Interventionsversuche gestalten sich in den für die USA geopolitisch und ökonomisch weniger interessanten Gegenden der Welt als schwierig und dienen auch bei gegenwärtig geringer öffentlicher Diskussion zur Gewöhnung der europäischen Öffentlichkeit an EU-Militärinterventionen ohne Unterstützung der NATO. Nicht zuletzt im Ringen um militärische, politische und ökonomische Einflüsse im Nahen Osten – konkret im Falle des Irak-Krieges – schieden sich die Geister zwischen den militärischen Eliten der USA und dem „alten“ Europa. Hier scheint die Politik der „gemeinsamen Werte“ zwischen den USA und der EU an seine Grenzen zu stoßen. Andreas Zumach führt aus: „Zu handfesten Interessenkonflikten zwischen Europa und den USA (bis hin zu gegensätzlichen militärischen Interventionen) könnte es in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts in Zentralasien kommen – unter der Voraussetzung, dass beide Seiten bei der Energieversorgung im Wesentlichen weiterhin auf Öl und Gas setzen“ (Zumach 2003: 128). In Bezug auf das Verhältnis von EU und Russland stellt Emmanuel Todd fest: Die verantwortlichen PolitikerInnen in den USA dachten, sie würden mit ihrem „demonstrativen Militarismus“ lediglich eine Annäherung Russlands an Regionalmächte wie China und Iran riskieren und Europa bzw. Japan ihre Protektorate bleiben. Todd geht davon aus, dass Europa erkannt hätte, dass Russland keine Bedrohung ist, sondern einen Beitrag zur europäischen Sicherheit leistet (Todd 2003: 242).

Die globale Durchsetzung einer neoliberalen Wirtschaftsordnung und die Fixierung der damit verbundenen Abhängigkeiten, Strukturen und Asymmetrien kann in seinen Grundzügen durchaus als „gemeinsamer Wert“ zwischen den USA und der EU verstanden werden, wenn auch die Mittel dazu – insbesondere die militärischen Mittel – nicht annähernd gleich sind. Der Aufbau und die Erprobung der Interventionstruppe in den mit den USA vorerst säuberlich abgesteckten geografischen Räumen ist für die EU der Probegalopp, diese Interessen mit militärischen Mittel auch nachdrücklich vertreten zu können. „Die USA und EU sitzen politisch und ökonomisch in einem, dem kapitalistischen Boot. Beide Mächte verfolgen Hegemonieabsichten und unterstehen dem starken Druck gigantischer, heute supranational organisierter, privater Konzerne (...) Es bestünde also bei einer

weiteren Militarisierung der EU die Gefahr einer ökonomischen und politischen Neuaufteilung der Erde unter den Führungsmächten der Welt des ‚freien‘ Handels“, so der Marburger Friedensforscher Johannes M. Becker (Becker 2003: 43). Es liegt an der EU, die in der Öffentlichkeit gegenwärtig als „Auseinanderdriften“ bezeichnete Entwicklung durch die Ausweitung von Interessens- und Einflusszonen zu forcieren oder den alternativen Weg in eine zivile Außenpolitik einzuschlagen. Der globale Einfluss der EU würde durch eine zivile Außenpolitik nicht geringer, sondern ansteigen und auch dem Willen der Bevölkerung entsprechen. Das Stimmungsbarometer der transatlantischen Beziehungen wie auch der multilateralen Weltordnung wird auch von der Definition der globalen ökonomischen und geopolitischen Interessen auf beiden Seiten des Atlantiks abhängen. „Der Irakkrieg beförderte diese Differenzen an die Oberfläche, Differenzen über den Kampf gegen den Terrorismus, darüber, ob wir eine neue präemptive Doktrin brauchen. Dabei wuchs die Bereitschaft der Europäer, den USA zu widersprechen“ (Kupchan 2003: 687).

Für die immerwährende Neutralität Österreichs – wie auch der anderen EU-Neutralen Finnland, Schweden und Irland – ergeben sich veränderte und neue Handlungsperspektiven für ihr friedenspolitisches Wirken. Österreich hätte unter gegebenen Voraussetzungen folgende Möglichkeiten, einen Beitrag zu einer europäischen und solidarischen Friedenspolitik zu leisten:

1. Statt der geforderten Aufrüstung sind die Mittel in den Ausbau der zivilen Konfliktprävention zu investieren. Die Ausgaben für das Militär müssen sich nach den tatsächlichen militärischen Bedrohungen richten, nicht nach den Aufrüstungswünschen der großen Militärmächte. Die Bedrohungen des Friedens liegen in Österreich heute vielmehr in neoliberal geprägten Belastungspaketen, die die Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Umweltbudgets in Frage stellen.
2. Die in den EU-Staaten im Gange befindliche qualitative Aufrüstung ist zu einer qualitativen Verbesserung der österreichischen UNO- und OSZE-Kapazitäten umzuwidmen. Eine aktive Friedens- und Neutralitätspolitik erfordert ein Engagement in diesen Organisationen. Im Sinne mangelnder militärischer Bedrohungen ist das Bundesheer angriffs- und interventionsunfähig zu machen und bei einer quantitativen deutlichen Reduktion ausschließlich defensiv auszurichten.
3. Österreich könnte im Rahmen der EU und vor allem im Rahmen der UNO (mit all ihren Teilorganisationen) auf globaler Ebene einen aktiven Beitrag zur Armutsbekämpfung und globalen Abrüstung (auch bezüglich der Atombombenmächte in der EU) leisten. Armut und ungleiche Ressourcenverteilung (auch der politischen Mitsprache) sind als zentrale Ursache für Konflikte zu begreifen. Aus Terrorismus und „failed states“ eine Bedrohung für Österreich zu konstruieren ist als vielmehr innenpolitische Polemik und Lobby für Militarismus als ein konstruktiver Diskussionsbeitrag für Österreichs Rolle in den Internationalen Beziehungen. Für ein Engagement gegen Massenvernichtungswaffen ist die Abrüstung der USA und der EU ein erster Schritt.

## Literatur:



Bahr Egon (2002): Schild Europas oder Schwert Amerikas? Unterschiedliche Interessen in der Außen- und Sicherheitspolitik, in: Wissenschaft und Frieden (W&F): Welt(un)ordnung, Heft 3/2002, 20. Jg. Bonn: Seite 13 –17.

Bastian Till (2002): 55 Gründe, mit den USA nicht solidarisch zu sein und schon gar nicht bedingungslos, Pendo Verlag, Zürich.

Becker Johannes M. (2003): Alternative Europa? Wer oder was stoppt den US-Unilateralismus?, in: Wissenschaft und Frieden (W&F): Machtfragen, Heft 2/2003, 21. Jg., Bonn: Seite 33 – 44.

Beer Angelika, Nassauer Otfried (2002): Quo Vadis NATO? Quo Vadis Europa?, BITS Briefing 02.5, Berlin, November 2002.

Biermann Werner, Klönne Arno (2003): The Big Stick, Imperiale Strategie und globaler Militarismus – Die USA als Megamacht?, PapyRossa Verlag, Köln.

Blum William (2002): Rogue State. A Guide to the World's Only Superpower, Zed Books, London.

Böhm Wolfgang (2003): Sicherheitspolitik: EU setzt auf Versöhnung mit den USA, in: Die Presse Online, 18.6.2003.

Bundesausschuss Friedensratschlag (Hrsg.) (2002): Friedensmemorandum 2002, Kassel.

Bundesministerium für Landesverteidigung (2001): Web-Dokument „Sicherheit mit moderner Technik“: [http://www.bmlv.gv.at/archiv/a2001/akt\\_20010112\\_sicherheit.shtml](http://www.bmlv.gv.at/archiv/a2001/akt_20010112_sicherheit.shtml).

Center for the Study of Balkan Societies and Cultures, Graz (2003): Das „Neue Europa“, der Irakkrieg und die USA, Heft 2/2003, Sept. 2003, 15. Jg., Beiträge Seite 3 – 24.

Chomsky Noam (2001): War against People. Menschenrecht und Schurkenstaaten, Europa Verlag, Hamburg – Wien.

Chossudovsky Michel (2002): Global Brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg, Verlag Zweitausendeins, Frankfurt am Main.

Cooper Robert (2003): Macht und Ohnmacht aus europäischer Sicht, in: Internationale Politik, Heft 5/2003, Seite 31 – 38.

EADS Geschäftsbericht (2001): Die Märkte der EADS, Graphik: „Gesamtvolumina der Wehrbeschaffungsetats in Europa und den USA, Quelle: NATO, JPMorgan u.a., <http://www.finance.eads.net/rep01de.pdf>.

Europäische Gemeinschaften (Hrsg.) (2003): Entwurf. Vertrag über eine Verfassung für Europa. Vom Europäischen Konvent im Konsensverfahren angenommen und am 13. Juni und 10. Juli 2003 dem Präsidenten des Europäischen Rates in Rom überreicht, 18. Juli 2003.

Europäischer Konvent – Das Sekretariat (2002): Bericht des Vorsitzenden der Gruppe VIII „Verteidigung“ an den Konvent betreffend Schlussbericht, Neufassung, Brüssel, CONV 461/02, 16.12.2002.

Europäisches Parlament (2000): Gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Vom Parlament angenommene Texte, vorläufige Ausgabe: 30/11/2000, A5-0339/2000.

Föderl-Schmid Alexandra (2002): „EU-Mitglieder sollten zur NATO“, in: Der Standard, 11.9.2002.

Galtung Johan (2003): Die Konfliktformationen im Nahen und Mittleren Osten und die Rolle der Europäischen Union am Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Projektleitung: Thomas Roithner (2003): Europa Macht Frieden. Die Rolle Österreichs, Agenda Verlag, Münster: Seite 282 – 286.

Geistlinger Michael (2001): Die Weiterentwicklung der GASP durch den Vertrag von Nizza und der Expertenentwurf einer neuen österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin aus dem Blickwinkel der immerwährenden Neutralität, in: Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB), Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) (Hrsg.), Projektleitung und Redaktion: Roithner Thomas, Bauer Lucia (2001): Von der sozialen zur militärischen Sicherheit? Die Rolle der Neutralität im 21. Jahrhundert, Wien: Seite 36 – 41.

Gose Stefan (2001): Material- und Ausrüstungskonzept. Die unauffällige Vorbereitung eines Angriffskrieges, in: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V. (Hrsg.): ami – antimilitarismus informationen, 31. Jg., Heft 5, Berlin: Seite 14 – 22.

Gose Stefan (2003): Eurofighter 2000: Roll-out einer Seifenkiste. Der Anfang vom Ende der Luftfahrt?, in: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V. (Hrsg.): ami – antimilitarismus informationen, 33. Jg., Heft 7 – 8, Berlin: Seite 39 – 46.

Haydt Claudia, Pflüger Tobias, Wagner Jürgen (2003): Globalisierung und Krieg, VSA Verlag, Hamburg.

Henken Lühr (2003): Zur künftigen Entwicklung der deutschen Militärausgaben, IMI Studie 1/2003, Tübingen – Hamburg.

Kirk Lisbeth (2002): EU defence challenged by NATO Response Force plans, in: <http://www.euobserver.com>, 7.10.2002.

Korkisch Friedrich (2001): Europäische Union, Kapitel: Die Europa-Armee, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 3/2001, Wien: 362 – 368.

Krippendorff Ekkehart (2000): Kritik der Außenpolitik, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Kupchan Charles A. (2003): „Die USA brauchen Europa“. Konturen einer künftigen Partnerschaft, Interview, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 6/2003, Bonn: Seite 679 – 689.

Lanc Erwin (2001): Sicherheitspolitik im neuen Europa ohne Tricks. Neutralitätsdiskussion im Zusammenhang mit der Ratifizierung der Verträge von Nizza, in: Wiener Zeitung, 10.9.2001.

Le Monde Diplomatique (Hrsg.) (2003): Atlas der Globalisierung, Berlin.

Mader Gerald (2001): Zur Erneuerung einer europäischen Friedenspolitik. Ein Europa ohne militärische Ambitionen, in: Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB), Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) (Hrsg.), Projektleitung und Redaktion: Roithner Thomas, Bauer Lucia (2001): Von der sozialen zur militärischen Sicherheit? Die Rolle der Neutralität im 21. Jahrhundert, Wien: Seite 53 – 60.

Mader Gerald (2003): Europas Verfassung und Friedenspolitik, Beitrag zur Vorbereitung des Symposiums „Europäische Verfassung, Sicherheit und Neutralität“ des ÖSFK und des IIP am 4. und 5.12. im Parlament, in: Wiener Zeitung, 1.12.2003, Seite 27 f.

Mahnkopf Birgit (2003): Neoliberale Globalisierung, Terror und Krieg. Vortrag anlässlich des Österreich\_Forum.Frieden&Gewaltfreiheit#2 am 25.10.2003 an der Universität Wien.

Mutz Reinhard (2003): Die NATO – Relikt der Vergangenheit oder Allianz mit Zukunft? In: Hauswedell Corinna, Weller Christoph, Ratsch Ulrich, Mutz Reinhard, Schoch Bruno (Hrsg.): Friedensgutachten 2003, Lit-Verlag, Münster – Hamburg – London: Seite 129 – 137.

Nassauer Otfried (2003): Aktive Asymmetrie. Neubestimmung der Sicherheitspolitik im euro-atlantischen Kontext, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8/2003, 48 Jg., Bonn: 946 – 954.

Neuber Arno (2000): Armee für alle Fälle. Der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee, Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, ISW-Report Nr. 44, München.

Neuber Arno (2003): Militärmacht EUropa. Die EU auf dem Weg zur globalen Interventionsmacht, Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, ISW-Report Nr. 56, München.

Roithner Thomas (2001): Atomwaffenpolitik am Beginn des 3. Jahrtausends – immer noch eine „MAD-Policy“?, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Nach der Jahrtausendwende. Zur Neuorientierung der Friedensforschung im 3. Jahrtausend, Agenda Verlag, Münster: Seite 108 – 149.

Roithner Thomas (2002): Die Militarisierung der EU und die Antworten der österreichischen Friedensbewegung, in: Pecha Andreas, Roithner Thomas, Walter Thomas (Hrsg.): Friede braucht Bewegung. Analysen und Perspektiven der österreichischen Friedensbewegung, 2. Auflage, Wien: Seite 68 – 82.

Roithner Thomas (2003): Konturen einer friedensfähigen europäischen Sicherheitspolitik und der Beitrag Österreichs, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Europa Macht Frieden. Die Rolle Österreichs, Agenda Verlag, Münster, Seite 39 – 69.

Ruf Werner (2003): Amerikanischer Unilateralismus und europäische Unfähigkeit? Grenzen und Chancen einer zivilen europäischen Außenpolitik, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Europa Macht Frieden. Die Rolle Österreichs, Agenda Verlag, Münster, Seite 130 – 143.

Scharping Rudolf (2000): Rede vor StudentInnen der Ruprecht-Karls-Universität, Die sicherheitspolitischen Ziele Deutschlands, Heidelberg, 27. 11. 2000.

Scheffran Jürgen (2003): Terror und Energie-Sicherheit. Ein neuer Krieg um Öl?, in: Wissenschaft und Frieden (W&F): „Präventiv“kriege, Heft 1/2003, 21. Jg., Bonn: Seite 21 – 24.

Schmölzer Michael (2003): EU-Soldaten bald am Dnjestr?, in: Wiener Zeitung, 24.7.2003.

Schrödter Elisabeth (1999): Die Militarisierung der EU, in: Verein für friedenspolitische Publizistik (Hrsg.): antimilitarismus information, Nr. 11/99, Berlin: Seite 40 – 47.

Schröder Ilka (2001): Armee für freie Märkte – Tornados gegen Flüchtlinge. EU-Angriffstruppe rüstet auf, in: Denkpause, Ausgabe 12, 12. Mai 2001.

Schuhler Conrad (2003): Unter Brüdern. Die USA, Europa und die Neuordnung der Welt, PapyRossa, Köln.

Solana Javier (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Vorgelegt zum Europäischen Rat in Thessaloniki, 20.6.2003.

Spiegel, Der (2003): Interview „Gespenstische Wanderung“ mit Jean-Claude Juncker, 25/2003, 16.6.2003.

Spinant Daniela (2002): Top EU military: EU force fully ready in 10 years, in: <http://www.euobserver.com>, 22.1.2002.

Standard, Der Online (2000): Die EU-Kriseninterventions-Truppe, 17.11.2000.

Standard, Der Online (2001): Eine rein „bürokratische Übung“. Vernichtende Kritik Solanas an der Außenpolitik der EU, 23.1.2001.

Standard, Der (2003 a): US-Hegemonie beunruhigt Gegner und Verbündete, 17.6.2003.

Standard, Der (2003 b): USA: Rekordbudget für Militär, 26.11.2003.

Standard, Der (2003 c): NATO streitet über EU-Verteidigung. Ein Plan für die „amerikanischen Freunde“, 1.12.2003.

Strutynski Peter (2003): Von der „andauernden Freiheit“ zum permanenten Krieg: Konturen einer militärischen Globalisierung, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Projektleitung: Thomas Roithner (2003): Europa Macht Frieden. Die Rolle Österreichs, Agenda Verlag, Münster: Seite 85 – 99.

Steinmetz Christopher (2002 a): EADS. Intransparenz auf europäischem Niveau, in: Verein für friedenspolitische Publizistik (Hrsg.): antimilitarismus information, 32. Jg., Nr. 6/02, Berlin: Seite 14 – 20.

Steinmetz Christopher (2002 b): NRF oder ERRF: Welches Schweinderl' hätten Sie gern?, in: Verein für friedenspolitische Publizistik (Hrsg.): antimilitarismus information, 32. Jg., Nr. 12/02, Berlin: Seite 29 – 43.

Todd Emmanuel (2003): Weltmacht USA. Ein Nachruf, Piper Verlag, München.

Truppendienst (1999): Rundschau – Allgemeine Berichte „Draken“-Nachfolge, Nr. 3/1999.

Unterseher Lutz (2001): Die Mär von der unterfinanzierten Bundeswehr, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2001.

Ziegler Jean (2003): Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, C. Bertelsmann Verlag, München.

Zumach Andreas (2001): UNO, OSZE, EU, WEU, NATO – konkurrierende Organisationen für den Frieden in Europa?, in: Evangelische Akademie Bad Boll (Hrsg.): Quo Vadis Europa? Europa als Friedensmacht?, Protokolldienst 20/01, Bad Boll: Seite 29 – 38.

Zumach Andreas (2003): EUropa auf dem Weg zur Militärmacht. Alter Wein in neuen Schleuchen, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Projektleitung: Thomas Roithner (2003): Europa Macht Frieden. Die Rolle Österreichs, Agenda Verlag, Münster: Seite 123 – 129.